

CDU

Verpasste Chance

Bundeskanzlerin Angela Merkel ist verärgert über ihre Parteifreunde in Brandenburg. Dort verhandelt Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) nun mit der Linken statt mit der CDU über eine Regierungsbildung, weil der Spitzenmann der Christdemokraten, Michael Schierack, laut Woidke nicht bereit war, als Minister in das Kabinett zu gehen. Denn dafür müsste der Orthopäde seine Arbeit in der Arztpraxis in Cottbus ruhen lassen, so verlangt es ein Landesgesetz. Eine Große Koalition in Brandenburg hätte Merkels schwarz-roter Koalition aber im Bundesrat vier weitere Stimmen gebracht. Zusammen mit einer möglichen weiteren Großen Koalition in Thüringen hätten SPD und Union sogar die absolute Mehrheit in der Länderkammer erreichen können. Diese Chance hat Schieracks glückloses Agieren zunichtegemacht. Neben der Bundes-CDU sind auch die märkischen Parteifreunde wütend auf Schierack, der sich in einem Brief an die Mitglieder um Schadensbegrenzung bemühte. Doch an der Basis wird bereits sein Rückzug gefordert. deg, ama

Griechenland

Gute Aussichten

Griechenlands Schuldenstand könnte in den kommenden Jahren deutlicher sinken als bisher vorausgesehen. Die Chancen stünden nicht schlecht, dass der Anteil der Schulden am Bruttoinlandsprodukt bis 2022 sogar unter die in den Hilfsprogrammen vorgesehene Marke von 110 Prozent sinke, heißt es aus Kreisen der Troika, dem Kontrollgremium aus EU-Kommission, IWF und Europäischer Zentralbank. Ursache für die guten Aussichten sind die niedrigen Zinsen. Die griechische Regierung muss deshalb deutlich weniger Geld für ihren Schuldendienst aufbringen als zu-



Nato-Manöver in Polen

Verteidigung

Interne Zweifel an Nato-Zusage

Die Nato kann möglicherweise ihre Sicherheitsgarantien gegenüber Polen und den baltischen Staaten nicht einhalten. Wenige Wochen nachdem auf dem Nato-Gipfel in Wales ein sogenannter Readiness Action Plan verabschiedet wurde, äußern hochrangige Militärs Zweifel an seiner Umsetzung. Dabei geht es sowohl um organisatorische wie finanzielle Fragen. Die neue Planung richtet sich gegen eine mögliche russische Bedrohung der Nato-Ostgrenze und sieht eine Speerspitze von mehreren Tausend Soldaten vor, die innerhalb von 48 Stunden einsatzbereit sein soll. Beim Treffen der Generalstabschefs aller 28 Nato-Länder in Vilnius am vorvergangenen Samstag äußerte sich Amerikas ranghöchster Militär, Gene-

ral Martin Dempsey, kritisch. Eine Einsatzbereitschaft innerhalb von 48 Stunden sei unrealistisch, sagte Dempsey dem Vernehmen nach. Das würde bedeuten, dass die Soldaten praktisch in Uniform schlafen müssten. Andere Generalstabschefs meinten, die schnelle Eingreiftruppe könne höchstens einige Hundert Soldaten umfassen. Nach diesen Äußerungen soll es zu einem Wortgefecht zwischen Dempsey und dem Nato-Oberbefehlshaber in Europa, Philip Breedlove, gekommen sein. Dempsey solle sich mit seiner Kritik an US-Außenminister John Kerry und Verteidigungsminister Chuck Hagel wenden, habe Breedlove gekontert, die hätten den Plan schließlich mit verabschiedet. csc, mgb



nächst prognostiziert. Bei seinem Besuch in Berlin lehnte Griechenlands Premierminister Antonis Samaras vergangene Woche ein drittes Hilfspaket ab. Zwar fehlten seiner Regierung noch immer zwischen 10 und 15 Milliarden Euro, allerdings habe sie noch rund 11 Milliarden Euro aus einem früheren Rettungspaket übrig, sagte er. Um die Finanzsituation des Landes weiter zu entspannen, ist nach wie vor im Gespräch, die Laufzeiten der Hilfskredite von derzeit gut 30 auf 50 Jahre zu verlängern. rei

Rüstung

Illegale Lieferung

Die Auslieferung eines deutschen U-Bootes der „Dolphin“-Klasse an Israel hat ein juristisches Nachspiel. Während des jüngsten Gaza-Krieges hatte Israel auf eine schnelle Fertigstellung gedrängt und deshalb fehlendes Halon ohne die erforderliche Genehmigung nach Deutschland gebracht. Halon-Gas wird zur Brandbekämpfung eingesetzt, ist aber extrem gesundheitsgefährdend und kli-

FOTOS: ARNO BURGI / PICTURE ALLIANCE / DPA (L.); LUKASZ DENAROWICZ / FORUM / DDP IMAGES (O.)